

Schweiz

# Schneider-Ammanns Wunschzettel

Zusätzliches Geld für Tagesstrukturen, Zivis als Helfer in Krippen und Horten und die Abschaffung der Heiratsstrafe: So will der Volkswirtschaftsminister Frauen besser in die Arbeitswelt integrieren.

**Stefan Schürer**  
Bern

In seinem Leben gerufen wurde die Fachkräfteteinitiative schon weit vor dem 9. Februar. Doch lange konnten Bund, Kantone und Sozialpartner kaum greifbare Ergebnisse präsentieren. Drei Monate vor der Abstimmung über die Zuwanderungsinitiative etwa begnügten sich die involvierten Kreise weitgehend mit Absichtserklärungen. Man wolle künftig das Potenzial der heimischen Arbeitskräfte besser ausschöpfen, hiess es damals.



Nach dem überraschenden Ja zur Initiative drängen allerdings auch Teile der Wirtschaft auf konkrete Schritte. Im Vordergrund stehen Massnahmen, mit denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert werden kann. Mit der besseren Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt soll der Mangel an einheimischen Fachkräften abgeschwächt und gleichzeitig die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte gebremst werden.

Nun scheint der Druck langsam Wirkung zu zeigen. Im Volkswirtschaftsdepartement (VWD) wird derzeit ein Bündel von Massnahmen aufgestellt. Wie die «NZZ am Sonntag» berichtet, sind die Vorschläge bei Kantonen und Sozialpartnern gut angekommen. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann will das Paket nun bereits im September in den Bundesrat bringen, heisst es in seinem Departement.

**Wettbewerb im Schulbereich**

Um gut ausgebildeten Müttern die Rückkehr in die Berufswelt zu erleichtern, möchte das VWD primär Akzente bei der externen Kinderbetreuung setzen. Eine vom Bund geleitete Arbeitsgruppe soll sich mit der Finanzierung von Tagesstrukturen im Schulbereich beschäftigen. Dabei schlägt das VWD die Einführung von Betreuungsgutschriften vor. Diese brächten mehr Wettbewerb zwischen subventionierten und bislang



Mitarbeiterinnen einer Verkabelungs-Produktionsstätte in Wetzikon ZH. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

nicht subventionierten Angeboten, heisst es im VWD-Papier, das dem TA vorliegt. Weiter will Schneider-Ammann die Kantone an ihre Pflichten aus dem Harmonisierungsabkommen erinnern. Dieses hält die beteiligten Kantone bereits an, bedarfsgerechte Tagesstrukturen anzubieten.

Zudem möchte Schneider-Ammann die Anstossfinanzierung des Bundes für Kinderkrippen um vier Jahre verlängern. Die Massnahme habe sich als wirksam erwiesen. Nach Angaben des Bundes sind bislang bei Ausgaben von gut 250 Millionen Franken rund 43 000 Krippenplätze geschaffen worden. Eingeführt wurde das Instrument der Anstossfinanzierung 2003. Seither wurde es bereits zweimal vom Parlament verlängert. 2015 droht das Ende.

Diskutiert wird im Volkswirtschaftsdepartement ausserdem, Zivildienstleistende verstärkt in Kinderbetreuungsstrukturen einzusetzen. Gegenwärtig leisten Zivis rund 80 000 Diensttage als Helfer in Horten und Krippen. Der Einsatz der Zivis «könnte als konkrete Massnahme kommuniziert werden, um die Kosten der Tagesstrukturen zu senken», heisst es im VWD-Papier.

Neben Massnahmen, mit denen die Betreuungssituation verbessert werden soll, plant Schneider-Ammann bei der Steuerpolitik anzusetzen. Der FDP-Magistrat will einen weiteren Anlauf nehmen, um die «Heiratsstrafe» zu beseitigen. Heute führt die gemeinsame Veranlagung von Ehepartnern dazu, dass diese häufig höhere Steuern zahlen als ein un-

verheiratetes Paar mit dem gleichen Einkommen. Das mindert den finanziellen Anreiz zur Erwerbstätigkeit. Geht es nach der Vorstellung Schneider-Ammanns, sollen die Eheleute künftig individuell besteuert werden.

Ergänzend zu den staatlichen Massnahmen setzt Schneider-Ammann auf das Engagement der Wirtschaft. Diese soll eine Charta unterzeichnen, in der sich die Unternehmen zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen bekennen. Damit soll die Arbeitszeit bei Teilzeitarbeitskräften erhöht werden. Zudem möchte Schneider-Ammann so die Akzeptanz der Teilzeitarbeit verbessern. Gleichzeitig warnt das VWD vor überhöhten Erwartungen: Der angestrebte Kulturwandel brauche Zeit.

**Nachrichten**

**Fremdsprachenunterricht  
EDK-Präsident will  
Frühfranzösisch durchsetzen**

Christoph Eymann, Präsident der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), will an zwei Fremdsprachen für Deutschschweizer Primarschüler festhalten. «Wir können und werden in der Sache hart sein, wenn es anders nicht geht», sagte er der «SonntagsZeitung». Die EDK will das Thema Frühfranzösisch an einer Sitzung im Oktober im Beisein von Bildungsminister Alain Berset diskutieren. Dieser hatte bereits angekündigt, er werde nicht tolerieren, dass in Deutschschweizer Primarschulen keine zweite Landessprache mehr unterrichtet werde. Eymann, der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler und Lehrpräsident Beat W. Zemp lancierten zudem in der «NZZ am Sonntag» eine weitere Idee: Überforderte Schüler könnten vom Frühfranzösisch dispensiert werden. Zudem könnte ein Verzicht auf Französischnoten Druck von den Schülern nehmen. (SDA)

**Parteien  
Eklat zwischen Präsidenten  
von SVP und BDP**

Bei den Von-Wattenwyl-Gesprächen vom Freitag hat SVP-Präsident Toni Brunner BDP-Chef Martin Landolt den Handschlag verweigert. Dies berichtet die «SonntagsZeitung». Brunner kündigte Landolt zudem an, bis auf Weiteres nicht mehr mit ihm zu reden oder zusammenzuarbeiten. Brunner und Landolt bestätigten den Vorfall. Auch SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz liess Landolt demonstrativ stehen. Hintergrund der Aktion: Landolt hatte der SVP «braune» Politik vorgeworfen. «Einem Nazivergleich müssen wir uns nicht beugen lassen», sagte Brunner dazu und forderte eine Entschuldigung von Landolt. (TA)

**Schulwesen  
Schüler sollen SVP-kritische  
Lehrer melden**

Die Junge SVP lanciert das Projekt «Freie Schule». Weil viele Lehrer ihre Schüler linkspolitisch beeinflussen würden, hat die Jungpartei eine Webseite aufgeschaltet, berichtet die «Schweiz am Sonntag». Jugendliche können dort gegen ihre Lehrer Beschwerden einreichen. Dafür stehen Beschneidungskategorien von «politischer Indoktrination» bis hin zur «Verunglimpfung von Parteien» zur Verfügung. Die JSVP will dann bei den betroffenen Schulen intervenieren. (TA)

## Tierschutz soll Importfleisch salonfähig machen

Fleisch, das vom Tierschutz kontrolliert wird, verkauft sich besser. Nun wollen auch Fleischimporteure den Tierschutz einspannen. Das freut nicht alle Tierschützer.

**Felix Maise**

Bilder aus der Tier-Massenproduktion schrecken Schweizer Konsumenten regelmässig auf: Zuletzt waren es schlimme Aufnahmen aus Schweizer Schweinemastbetrieben, die der Verein Tier im Fokus publik machte. Der «Kassensturz» zeigte erschreckende Videoaufnahmen aus einem süddeutschen Trutenmastbetrieb, der auch Coop beliefert. Und er veröffentlichte Bilder von vernachlässigten Pferden in Texas auf ihrem qualvollen Weg in kanadische und mexikanische Schlachthöfe, die auch in die Schweiz exportieren. Schweizer Detailhändler und Importeure zeigten sich empört und versprachen Besserung. Auf das Geschäft mit dem oft unter tierquälerischen Bedingungen produzierten Importfleisch verzichten mag aber kaum jemand.

Selbst beim Nischenprodukt Pferdefleisch verteidigen Importeure und ein Teil der Detailisten noch immer die kaum kontrollierbare Produktion in Übersee - obwohl die Migros eben erst den Versuch aufgeben musste, in Kanada Produktionsbedingungen einzurichten, die Schweizer Tierschutzansprüchen entsprechen. Vorab der Fleischhauptimporteur GVFI will auf das Geschäft mit Import-Pferdefleisch aus Kanada nicht verzichten. Pikant dabei: Der GVFI versucht nun, den Schweizer Tierschutz

(STS) einzuspannen. Man habe ein neues Handbuch für Lieferanten dem STS zur Stellungnahme unterbreitet und die Inputs des Tierschutzes integriert, teilte Aldi als Importpferdefleisch-Abnehmer dem Tierschutzbund Zürich (TSB) jüngst mit. Das Ziel ist klar: Der Einbezug des STS soll mithelfen, den Pferdefleischimport aus Übersee weiterzuführen.

**«Tierschutz als Feigenblatt»**

TSB-Präsident York Dittfurth ärgert das: «Wenn der STS Hand bietet, auch nur halbwegs seine Zustimmung zu den Produktionsbedingungen von Pferdefleisch in Übersee zu geben, wird die Qualproduktion dort ungehindert weitergehen. Der STS soll offenbar als Feigenblatt für die Importeure dienen.»

STS-Geschäftsführer Hansuli Huber bestätigt, dass der STS ein von den Pferdefleischimporteuren und dem Bundesamt für Veterinärwesen ausgearbeitetes

Pflichtenheft zu Haltung, Transport und Schlachtung von Pferden begutachtet habe. «Bei Pferdefleischimporten, besonders aus Übersee, sind wir sehr skeptisch, weil allenfalls Schlachtung und Teile des Transports, nie aber Haltung und Herkunft der Pferde garantiert und kontrolliert werden können», sagt er.

Grundsätzlich setzt Huber auf eine Zusammenarbeit mit dem Detailhandel und der Fleischbranche. Seit Jahren arbeitet der STS eng mit Coop zusammen und hat einen eigenen Kontrolldienst aufgebaut, der 14 Mitarbeiter zählt. Dieser prüft primär die Betriebe der Coop-Labelproduktion wie Naturaplan und Naturafarm. Doch auch die Migros, der Verband IP-Suisse und die Mutterkuhhaltvereinigung greifen zunehmend auf Dienste der STS-Kontrollstelle zurück.

Seit 2013 dehnt der STS-Kontrolldienst sein Tätigkeitsgebiet auf Ausland aus. «Uns ist es wichtig, dass ausländi-

sche Nutztiere gleich gut gehalten werden wie Tiere in der Schweiz», sagte Roland Frefel von Coop. Der STS werde den Prozess mit Audits begleiten. Zuerst stehe die ausländische Geflügelproduktion auf dem Prüfstand. Dieses Mandat wird laut Coop in einem zweiten Schritt auf andere Länder und Tierarten ausgeweitet. Konkurrentin Migros zog letztes Jahr mit einem Versprechen in ihrem Nachhaltigkeitsprogramm «Generation M» nach: Bis 2020 will der Grossverteiler nur noch Produkte von Betrieben importieren, die Schweizer Tierschutzbestimmungen erfüllen.

**Umstellung braucht Zeit**

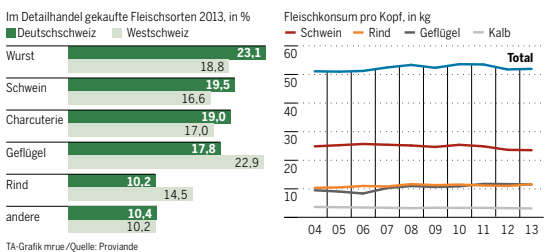
So schnell, wie sich die beiden Grossverteiler das vorstellen, dürften Schweizer Tierschutzbedingungen im Ausland allerdings nicht implementiert werden können, glaubt STS-Geschäftsführer Huber: «Aufgrund unserer ersten Besuche in Deutschland, Frankreich und Ungarn braucht die Umstellung mehr Geld und Zeit, als Coop und Migros wohl meinen.» Er betont, dass der STS im Ausland ausschliesslich Beratung, Schulung und Begutachtungen durchführe und keine Betriebskontrollen. Auf den Importprodukten werde der STS nicht als Prüfinstanz ausgewiesen.

Trotzdem werden die STS-Aktivitäten kritisiert. York Dittfurth vom Tierschutzbund Zürich sagt: «Es ist nicht Aufgabe von Tierschützern, für die Fleischbranche, die Händler und die Konsumenten wenigstens halbwegs akzeptables Fleisch anzubieten. Damit schafft man in erster Linie eine gesellschaftliche Akzeptanz fürs Fleischessen - in einem Umfeld, in dem der Fleischkonsum zunehmend kritisch betrachtet wird.»

**Schweizer Tierschutz  
Fehlende Transparenz**

So gerne STS-Geschäftsführer Hansuli Huber über die Tätigkeit des Verbands und der Kontrollstelle redet, so einseitig wird er, wenn es um Zahlen geht. Weder gibt es eine öffentliche Jahresrechnung noch ein Budget des STS-Kontrolldienstes. Im Jahresbericht wird zwar dessen Tätigkeit nachgezeichnet. Zahlen zum Budget der STS-Kontrollleure nennt Huber aber nicht und verweist auf STS-Präsident Heinz Lienhard. Doch auch der 78-jährige Chef des Traditionsverbands schweigt. Selbst die Jahresrechnung des Gesamtverbands gibt er nicht bekannt. Man habe mit der Publikation von Zahlen schlechte Erfahrungen gemacht und sei nur den 70 Sektionen Rechenschaft schuldig. Das erfolge an der Delegiertenversammlung. Der NZZ hatte Lienhard anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums des Verbands vor drei Jahren verraten, das STS-Jahresbudget betrage 7 Millionen Franken und sei über Spenden finanziert. Unter den Spendern sind auch Coop und Migros. Vor Lienhards Präsidentschaft hatte es Streit um den Mittelsatz des Verbands gegeben. Lokale Sektionen forderten mehr Geld und kritisierten, der STS gebe zu viel für Löhne aus. Seit Lienhards Amtsantritt vor 13 Jahren ist es ruhiger geworden. Dass das so bleibt, garantiert schon die spezielle Arbeitsstellung im Haus des STS-Präsidenten: Leiterin des Ressorts Finanzen ist Lienhards Ehefrau. Keinen Wert auf Transparenz legt man auch bei Coop: Zum kostenmässigen Umfang der Tierschutzaufräge an den STS gibt es keine Auskunft. Apropos: Beim Pferdefleisch verzichtet Coop in seinen Läden auf Importe aus Übersee. Die im Gastronomie- und Gewerbeschhandel tätige Coop-Tochter Transgourmet/Prodega hingegen bietet das kritisierte Übersee-Pferdefleisch nach wie vor an. (mai.)

**Unterschiedliche Fleischvorlieben in der Schweiz**



TA: Grafik mruw / Quelle: Proviande